

Bezugspreis:

Wochenschrift 105 - M., monatlich 2. - M. ...

Telegraphen-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 11. Mai 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutsche Reparationsvorschlage.

Die Reichsregierung hat unterm 9. Mai an den Präsidenten der Reparationskommission die nachstehende Note gerichtet, die gestern in Paris übergeben wurde:

Nach den vorangegangenen Besprechungen glaubt die Deutsche Regierung aus der Note der Reparationskommission vom 13. April 1922 entnehmen zu können, daß die Reparationskommission ebenso wie ihr selbst daran gelegen ist, gewisse Mißverständnisse, die über die beiden vorher gewechselten Noten entstanden sind, zu beseitigen und durch vertiefte Besprechungen die Lage auch in sachlicher Hinsicht zu klären.

1. Es entspricht der Auffassung der Deutschen Regierung, daß es grundsätzlich notwendig ist, die gesamten in Papiermark entfallenden Staatsausgaben durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen

ohne Vermehrung der Geldinflation zu decken.

Die Deutsche Regierung erkennt auch an, daß es notwendig ist, alsbald weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundsatzes zu tun. Andererseits wird es mit Rückblick auf die Lage der deutschen Wirtschaft und auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland unumgänglich notwendig sein, daß erhebliche vom Reich in ausländischer Währung zu leistende Zahlungen durch äußere Anleihen beschafft werden.

Mit Rückblick auf die erst in letzter Zeit beschlossene außerordentliche Erhöhung der Steuern ist es nicht möglich, dem Verlangen der Reparationskommission auf Einführung weiterer Steuern im Betrag von 60 Millionen Mark vor dem 31. Mai 1922 zu entsprechen; die Deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, dem eingangs aufgestellten Grundsatz Rechnung zu tragen.

2. Die Deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission

die Souveränität Deutschlands

bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben so wie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Kommission den Wunsch hat, die Deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewünschte Ausläufe eröffnen. Sie wird sich deshalb auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit der Reparationskommission über die von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiet der Finanzgebarung ins Benehmen treten.

3. Die Deutsche Regierung wird sich im übrigen nach Kräften bemühen, den von der Reparationskommission in ihrem Brief vom 21. März ausgesprochenen Bedingungen zu entsprechen. Sie hält indessen an der Auffassung fest, daß

einige dieser Anforderungen unerfüllbar

sind. In diesem Zusammenhang blickt sie sich auf das im Schreiben vom 13. April gemachte Angebot der Kommission, jeden praktischen Vorschlag zu prüfen, welcher von der Deutschen Regierung zur Behebung der Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, gemacht wird.

Da wegen der Konferenz in Genua mehrere Mitglieder der Reichsregierung gerueme Zeit von Deutschland ferngehalten worden sind, ist es der Deutschen Regierung zu ihrem Bedauern nicht möglich gewesen, verschiedene der im Brief vom 21. März gestellten Fristen innezuhalten; sie erjudt die Reparationskommission sich mit einer angemessenen Verlängerung dieser Fristen einverstanden zu erklären. In Vertretung gez. Bauer.

Man darf der Hoffnung und der Erwartung Ausdruck geben, daß die im Hinblick auf den nahenden 31. Mai gespannte politische Lage, durch diese deutsche Note eine ganz wesentliche Entspannung erfahren wird. Die deutsche Note nimmt Bezug auf "vorangegangene Besprechungen", die ihren Text offenbar ganz wesentlich beeinflusst haben, und eröffnet den Ausblick auf nachfolgende Besprechungen, die geeignet sein könnten, die noch vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu rumen.

Ihr Zweck ist es, Mißverständnisse zu beseitigen. Als ein solches Mißverständnis wird die Auffassung der Reparationskommission betrachtet werden dürfen, Deutschland sei imstande, bis zum 31. Mai 60 Milliarden neue Steuern zu dekretieren. Deswegen aber ist die letzte Finanzreform keineswegs als etwas für ewige Zeit Abgeschlossenes zu betrachten; das war noch keine Finanzreform und wird auch in Zukunft keine Finanzreform sein. Das Ziel, die Papiermark-Ausgaben des Reiches durch Einnahmen ohne weitere Bemühung der Rentenpresse zu decken, ist noch nicht erreicht; es soll weiter ver-

folgt werden, und in welcher Weise das geschehen soll, darüber will sich die deutsche Regierung noch in einem ausführlicheren Schriftstück äußern.

Das Mißverständnis von der Antastung der Souveränität des Reiches, die von der Reichsregierung behauptet, von der Reparationskommission bestritten wurde, ist allerdings noch nicht restlos geklärt. Diese restlose Klärung kann nur in dem Sinne erfolgen, daß die Reparationskommission es selber als außerhalb ihrer Zuständigkeit liegend anerkennt, der deutschen Regierung irgendwie diktatorische Vorschriften über die Eröffnung von bestimmten Einnahmequellen und die Unterlassung bestimmter Ausgaben zu machen. Andererseits hat die Reparationskommission unstreitig die Obliegenheit, im Falle eines deutschen Zahlungsruckstandes zu entscheiden, ob dieser Rückstand auf Mangel guten Willens oder auf tatsächlich unüberwindbare Schwierigkeiten zurückzuführen ist. Zu diesem Zweck muß sie einen genügend klaren Einblick in die Einnahme- und Ausgabegegestaltung des Reiches erhalten.

Wenn die deutsche Regierung darüber hinaus mit der Reparationskommission über noch zu ergreifende Maßnahmen ins Benehmen treten will, so ist das eine Vorsichtsmaregel, die nur gebilligt werden kann. Die deutsche Regierung kann sich durch eine solche vorherige Verständigung gegen sonst mögliche spätere Vorwürfe decken, außerdem kann ihr gar nichts Lieberes passieren, als daß ihr sachgemäße, vernünftige Vorschläge gemacht werden, wie sie der vorhandenen ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten Herr werden kann. Aber so weit darf dieses Verhältnis nicht gehen, daß der deutschen Regierung und dem Reichstag ihre Verantwortung durch einen Kurator, der für sie handelt, abgenommen würde, denn das wäre in der Tat eine Art von Finanzkontrolle, die das Ende der deutschen Souveränität bedeuten würde.

Man geht kaum fehl mit der Annahme, daß der Punkt der deutschen Note, der von äußeren Anleihen spricht,

in der Welt die allgemeinste Aufmerksamkeit finden wird. Durch diese äußeren Anleihen soll Deutschland der Notwendigkeit enthoben werden, fremde Geldsorten, die es zur Bezahlung seiner Schulden benötigt, durch Kauf erwerben und damit den Kurs der deutschen Mark immer tiefer drücken zu müssen. An der Gewährung einer solchen äußeren Anleihe sind sowohl diejenigen Länder interessiert, für die der Rückgang der deutschen Mark Verringerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, als auch diejenigen, die zur Entlastung ihrer schwierigen Finanzlage geredete: Barzahlungen bedürftig sind.

Somit dürfte es für alle vernünftigen Leute klar sein, daß eine Verständigung in der Richtung, die in der deutschen Note angedeutet wird, für alle Beteiligten unendlich wertvoller ist, als jenes militärische Schaustück, das aufzuführen sich gewisse andere Leute in den Kopf gesetzt haben. Der schönste strategische Aufmarsch mit Vorhut, Nachhut, Seitenbedeckungen usw. ist bestenfalls nur geeignet, Gefühle, nicht aber irgendwelche realen Bedürfnisse zu befriedigen; er bringt kein Geld, sondern er kostet Geld. Nimmt man dazu, daß ein solcher Aufmarsch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in Szene gesetzt werden kann, ohne schwere diplomatische Verwicklungen hervorzurufen, so wird die Sachlage noch klarer.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Note gezeigt, daß sie nicht den Konflikt, sondern eine befriedigende Lösung auf dem Wege der Verständigung sucht. Wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß die Reparationskommission, die ja keine Diktatorin, sondern ein Gremium von Finanzleuten ist, schon eine gewisse Bereitschaft erkennen ließ, ihr auf diesem Wege entgegenzukommen. Es wird noch Verhandlungen geben, in denen Schwierigkeiten auftauchen werden, es kann noch, obwohl dies besser unterbleibt, erregende Zwischenfälle geben, aber die Wege für den 31. Mai ist nicht auf Zusammenstoß, sondern auf Weiterfahrt gestellt. Die Finger von Unbefugten oder Boswilligen sollen dem Hebelwerk fernbleiben!

Die russische Antwort nicht überreicht.

Neue Schwierigkeiten in Genua.

Genua, 10. Mai. (Sozialdemokratischer Parlamentsdienst.) Alles war heute auf die russische Antwort gefaßt. Die Russen selbst ließen in ihrem Quartier durch Aushang mitteilen, daß die Note um 4 Uhr überreicht werde und um 5 Uhr der Presse zur Verfügung stehe. Katowski werde bei dieser Gelegenheit mündliche Erklärungen abgeben. Aber die Erklärungen und die Note blieben aus, da zunächst Aenderungen an der Antwort vorgenommen werden sollen. Diese Aenderungen sind einmal auf den gestrigen Beschluß des Pariser Kabinettsrats über Artikel 7 des Memorandums zurückzuführen, eine Diskussion über diesen Punkt nicht zuzulassen, andererseits auf eine Aussprache Tschitscherins mit dem italienischen Außenminister Schanzer, der die Antwort in der von Tschitscherin überbrachten Form nach den Pariser Beschlüssen als Anlaß zum Abbruch der Konferenz bezeichnet haben soll. Die Russen erklären, daß die Verzögerung der endgültigen Ueberreichung von Schwierigkeiten bei der Schlussredaktion im eigenen Lager herrührt. Aber es liet sich nicht ableugnen, daß tatsächlich die oben angegebenen Momente für die Zurückziehung der Note maßgebend waren. Es ist zweifelhaft, ob sich die russische Delegation zu Aenderungen in der Antwort auf Artikel 7 des Memorandums bereitfinden werde, die die französische Delegation befriedigen. Rußland will gerade über den Artikel 7 diskutieren. Frankreich lehnt jede Diskussion ab.

Es stehen sich also Gegenlage gegenüber, die einen englisch-italienisch-russischen Sondervertrag als nächste Möglichkeit erscheinen lassen. Man spricht bereits wieder von einer neuen Vermittlungsaktion Lloyd Georges, die dahin gehen soll, tatsächlich den Punkt 7 von der Diskussion auszuschließen und die endgültige Erledigung der Materie einer neuen Konferenz vorzubehalten. Man will also mit anderen Worten zunächst halbe Arbeit machen, um den lieben Frieden aufrechtzuerhalten. Das würde bedeuten, daß auch der Friedenspakt in Genua nicht besprochen würde, sondern erst zur Debatte gelangt, wenn man sich über die russische Frage geeinigt hat.

Genua, 10. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Tschitscherin hatte heute gegen abend nochmals eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister

Schanzer. Schanzer ist eifrig bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Sein Bestreben läuft in der Hauptsache darauf hinaus, wenigstens eine solche Formulierung im Verein mit den Russen zu finden, die den Engländern und Italienern die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen gibt. Die Russen legten Schanzer abends die abgeänderte Note nicht mehr vor, da sie behaupteten, noch Schwierigkeiten innerhalb ihrer eigenen Reihen überwinden zu müssen. Katowski soll in Angelegenheit des Privateigentums anderer Auffassung sein wie Tschitscherin und Krassin.

In französischen Delegationstreifen betrachtet man heute noch dem Optimismus von gestern die Situation als hoffnungslos. Das ist hauptsächlich auf den Beschluß des Pariser Kabinettsrats zurückzuführen.

Frankreich protestiert.

Genua, 10. Mai. (Sozialdemokratischer Parlamentsdienst.) Barthou hat heute ein Schreiben an Schanzer gerichtet, das gegen die Verschleppung der russischen Angelegenheit durch Nichtubergabe der russischen Antwort protestiert. (1)

Das Sekretariat der italienischen Delegation demantiert die Behauptung, daß Schanzer bereits Einblick in die russische Antwortnote gehabt habe. Es wird jedoch nicht bestritten, daß Schanzer von Tschitscherin über die wichtigsten Punkte der Antwortnote, besonders in bezug auf den Artikel 7, unterrichtet worden ist.

Die Vertretungen der neutralen Mächte besprachen heute vormittag den Entwurf des Friedenspaktes Lloyd Georges. Es herrschte wesentliche Uebereinstimmung über den Inhalt; beschlossen wurde, einen Zusatz zu beantragen, wonach der Pakt außer Kraft trete, sobald sämtliche Unterzeichner dem Völkerbund beigetreten sind. Man hält den Pakt dann für zwecklos, da im Völkerbund eine Bestimmung enthalten ist, die den Frieden sichert.

Die Petroleumkonzessionen.

Genua, 10. Mai. (M.W.) „Secolo“ hört, daß es dem Minister des Außen Schanzer gelungen sei, die Beteiligung Italiens an dem zwischen England und Frankreich (7) am 24. April 1920 in San Remo geschlossenen Petroleum-Abkommen zu ermöglichen. Es handelte sich um die Abgrenzung der Interessensphären im rymanischen Petroleumbecken, um die Verfügung über die deutschen Petroleumkonzessionen und um die Verteilung der Produktion der englischen Oelfelder in Mesopotamien.

Gewerkschaftsbewegung

Materialsammlung gegen den Achtstundentag.

Der Rheinisch-Westfälische Hansabund in Düsseldorf, Bismarckstr. 44/46, verlanbt unterm 28. April einen Fragebogen über den Achtstundentag.

und zwar wie in dem Begleitschreiben zur Erläuterung betont ist, an insgesamt 10 000 Firmen, um möglichst umfangreiche Unterlagen für eine Denkschrift zu erhalten, die der Bund dem Parlament überreichen will. Es sind folgende Fragen gestellt:

1. Ist durch die Einführung des Achtstundentages im allgemeinen die Produktion erhöht oder vermindert worden?
 2. Ist die Zahl der Arbeiter infolge der Einführung des Achtstundentages vermindert oder vermehrt worden?
 3. Um wieviel ist die Tagesleistung des Arbeiters dadurch gefallen? Entspricht die Leistungsminde rung dem Stundenverlust? Ist sie größer oder geringer als der Stundenverlust und wieviel?
 4. Wurden durch die Leistungsminde rung neue Arbeitskräfte eingestellt werden? Entspricht die Neueinstellung dem Stundenverlust? Wurde eine Umänderung der Betriebsorganisation mit höheren Kosten notwendig?
 5. Wurde durch den Rückgang der Arbeitsleistung die Einführung des Akkordlohnsystems notwendig und hat dieses qualitativ gleiche oder gar höhere Leistungen erzielt?
 6. Hat man durch den Rückgang der Leistungen gezwungen neue Arbeitsverfahren mit mehr Maschinen und weniger Arbeitskraftverwendung eingeführt? Ist dadurch die Betriebsleistung auf die frühere Höhe gebracht worden, hat sie sie nicht erreicht, über troffen und wieviel?
 7. Zeigte die Arbeiterschaft bzw. der Betriebsrat Verständnis dafür, daß die Dauer der Arbeitszeit auch abhängig von der Inanspruchnahme der Arbeitskraft sein müsse und hat sie derartige Anträge eingebracht?
 8. Hat das Schema des Achtstundentages den auf Erfolg gerichteten Wirtschaftssinn durch den Gedanken des Dienstes, des harten Zwanges noch mehr verdrängt und hat dadurch das Interesse am Erfolg der eigenen Arbeit und des Betriebes sichtbar bei den Arbeitern abgenommen?
 9. Haben wertvolle, eilige Aufträge, insbesondere Auslandsaufträge infolge Verweigerung längerer Arbeitszeit, infolge starren Festhaltens am Achtstundenarbeits tag nicht übernommen werden können, und sind dadurch Geschäftsverbindungen gelockert worden oder verloren gegangen?
 10. Billigen die vom Klassenkampfgedanken erfüllten Elemente der Arbeiterschaft ihren Genossen in der Landwirtschaft ebenfalls eine achtstündige Arbeitszeit zu, oder spüren sie den Unterschied zwischen der rationalisierten Arbeitsweise der Industrie und dem Arbeitsanpassungsprozeß in der Landwirtschaft heraus?
 11. Wie denken die Arbeiter über die achtstündige Arbeitszeit der leitenden Angestellten und Direktoren?
 12. Anführung besonderer Beispiele für den Wert oder Unwert des Achtstundentages.
 13. Angabe von besonders markanten Äußerungen einzelner Arbeiter über den Achtstundentag.
- Der Fragebogen weist neben rein sachlichen Fragen eine Reihe anderer auf, die deutlich die Tendenz der Umfrage erkennen lassen. „Markante Äußerungen“ unangeführter gelber Kapbuckler lassen sich leicht herausheben, doch wird sich kaum ein Geschäft damit machen lassen. In dem Begleitschreiben wird besonders um eingehende Schilderung möglichst drastischer Fälle ersucht, „wo die Minderwertigkeit der heutigen Arbeitsform“ klar zutage tritt.
- Dieses Vorgehen, das wahrscheinlich nicht vereinzelt bleibt, sollte

auch auf Arbeitnehmerseite Veranlassung geben, Material zu sammeln. Für die Betriebsräte ergibt sich hier eine dankenswerte Aufgabe, denn auch für Betriebsräte und Techniker. Bei der Bedeutung der Sache, um die es hier geht, wäre es wünschenswert, daß sich A.D.B. und A.F.A.-Bund mit der Aufstellung eines allgemeinen Fragebogens beschließen, damit alles sich für den Achtstundentag in den Betrieben in positiver wie negativer Beziehung ergebende Material gesammelt und gesichtet, und dem Material der Unternehmer gegen den Achtstundentag entgegengehalten werden kann.

Haus- u. Straßenfammlungen der Altershilfe am 14. und 28. Mai.

Sechszehn Kommunisten zum Gewerkschaftskongress.

Triumphierend meldete die „Rote Fahne“ gestern früh, daß die Berliner Metallarbeiter 16 Kommunisten zum Gewerkschaftskongress schickten. Aus 73 Wahlbezirken seien für die K.P.D.-Liste rund 12 000 und für die U.S.P.-Liste 7500 Stimmen abgegeben. Die „Rote Fahne“ in ihrer sattem bekannten Bescheidenheit zieht daraus die Schlussfolgerung, daß die Berliner Metallarbeiter in den Kommunisten „die zielklarsten Kämpfer“ für die proletarische Sache erblickten.

Freilich: wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Doch was die „Zielklarheit“ anlangt, liegt der Fall genau umgekehrt. Das Gros der kommunistischen Nachläufer bilden hauptsächlich die bis zur Revolution unorganisierten, vielfach „gelben“ Schichten, die sich stets dorthin schlagen, wo ihnen die meisten Versprechungen gemacht werden. Hinzu kommt, daß der sektiererische Propagandaeifer in der allgemeinen Unzufriedenheit mit unseren von der Entente und der Valuta beherrschten wirtschaftlichen Verhältnissen den denkbar günstigsten Nährboden bei der urteils unfähigen, zielunklaren Masse der Gewerkschaftsneulinge findet, einschließlich einer Reihe älterer Gewerkschaftsmitglieder, die aus irgendwelchen, der Zielunklarheit erwachsenen Gründen die Rolle der Rührergewinnigten spielen und sich für die Zwecke der Moskauer Agenten in Deutschland gebrauchen lassen.

Die Verantwortung für den leichten Sieg der Kommunisten muß in diesem Falle der geschlagenen U.S.P.-Fraktion selbst zugeschrieben werden. Bei den beiden letzten Urabstimmungen der Metallarbeiter wurden für die Liste Amsterdam 31 600 und 30 800 Stimmen abgegeben. Durch die erzwungene Wahlenthaltung der S.P.D.-Fraktion wurden diese Wähler auf 7500, wozu noch etwa 1000 hinzukommen mögen, reduziert. Diese Ziffern reden eine deutliche Sprache. Von den Unabhängigen hing es ab, den Kommunisten die gemeinsame Front der Amsterdamer Richtung entgegenzustellen. Sie aber führten den Bruch mit diesem selbstverständlichen und bewährten Vorgehen herbei und wollten die „Einheitsliste“ mit den Kommunisten. Unsere Genossen konnten diese Komödie nicht mitmachen und mußten die U.S.P.-Kollegen ihrem selbstgewollten Schicksal überlassen, den fortgeschwommenen Mandaten zum Gewerkschaftskongress nachzutrueren. Der Wahlausgang hat die Haltung unserer Genossen voll auf gerechtfertigt. Entweder man vertritt den Standpunkt der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung, wie es sich für die angeschlossenen Gewerkschaftler geziemt, frei und offen, oder man setzt sich zwischen zwei Stühle und fällt in der Mitte durch.

Wäge dieser Wahlausgang zur Selbstbesinnung dienen, zum engeren Zusammenschluß der Amsterdamer gegen die Moskauer Richtung. Die Lehre ist wahrlich teuer erkauft.

Betriebsräteschule.

An folgenden, morgen, Freitag, beginnenden Kursen können sich noch neue Hörer beteiligen. Anmeldung im Kursus oder bei der freigezwecklichen Betriebsrätezentrale, Berlin, Engelauer 24/25, 2. Hof, I. Für Arbeitslose ist die Teilnahme unentgeltlich. Zentrum, Sophien-Platz, Weinmeisterstr. 10/17: Son der sozialen Frage zum Arbeitsrecht, (6 Uhr); Die gleitende Lohnskala, (6 Uhr). Der Stinnes-Kon zern, (8 Uhr).

Südosten, Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz: Die Stellung des Betriebsobmanns im Kleinbetriebe, (6 Uhr, Zeichenjahr).

Graphische Hilfsarbeiter Berlins! Am Sonntag erfolgen in dem im Verteilungsblatt bekanntgegebenen Lokalen die Wahlen der gesamten Ortsverwaltung. Kolleginnen, Kollegen! Wählrecht ist Wahlpflicht! Erfüllt Eure Pflicht! Wählt nur Liste II Aktionsauskunft, Richtung Amsterdam.

Die Daimler Motoren-Gesellschaft hat ihren Betrieb auf sechs Wochen angeblich wegen kommunistischer Gewaltmaßnahmen geschlossen.

Für die Angestellten im Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoff-Großhandel ist das fünfte Ergänzungsabkommen zum Tarifvertrag vom 1. Februar 1922 für die Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Damit sind sämtliche Firmen dieser Branche verpflichtet, die Bestimmungen dieses Abkommens einzu halten. Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag 6 1/2 Uhr Frankensammlung der Maß- und Reparaturbranche in den Berliner Konzert-Hallen, Roccaman-dantenstraße 58-60, Portier-Soal. — Freitag 6 Uhr Betriebsrat der gesamten Schuhindustrie und des Handwerks, Versammlung bei Henschel, Köpenicker Straße 127a.

Deutscher Transportarbeiterverband, Tabakbranche. Freitag 4 1/2 Uhr bei Schreiber, Alte Schönhauser Str. 2-24, allgemeine Funktionäerversammlung der Raucherindustrie. Die Sitzung um 7 Uhr bei Weller, Rungestr. 17, 1811 aus. — Schrift Adressat und Umgehend. Sonnabend 7 1/2 Uhr bei Stippel, Adolphi, Schönefelder Str. 5, allgemeine Versammlung. Ohne Mitgliederbuch kein Zutritt.

Schulung, Kapazitäten! Freitag 5 Uhr Vertretungsmännerversammlung in Willes Heilhaus, Scholtzstr. 39. Sehr wichtig. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Frankensammlung.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Freitag: Betriebsrat und Vertretungsmannschaft in den neuen Buchbinder- und Geschäftsbuchbindern, 4 1/2 Uhr bei Rothmann, Wilhelmstr. 118, wichtige Sitzung. — Luis, Kartons und Kartonagenbranche. 4 1/2 Uhr im Lokal „Königsbau“, Große Frankfurter Straße 117, Frankensammlung. Bericht von den Chemnitzer Verhandlungen. — Wappelbranche. 4 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, Frankensammlung. Bericht von den britischen Kartierverhandlungen. Es ist unbedingt Pflicht aller, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Wetter bis Freitag mittag. Hochwasser 1451, mehr Bewölkung, an der Küste etwas Regen, sonst meist trocken bei leichten nordwestlichen Winden

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Kläbe, Berlin-Lichtenberg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Lindenstr. 2. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.

Gegen rauhe aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
 vollkommenstes Hautpflegemittel

3 Ausnahmetage!

Donnerstag, Freitag, und Sonnabend

doppelte Bons

in unseren 147 Geschäften

Loreley
Ladewig

Reichelk

Unión
Assmann



Wenn du noch eine Wohnung hast . . .

Die Folgen der „Sehhaftigkeit“ in den Berliner Häusern.

„Dreimal umgezogen ist einmal abgebrannt.“ Das war einmal. Vor dem Kriege wechselte nach der Statistik alljährlich die Wohnung. Von Jahr zu Jahr hatte der Umzug im Frühjahr und im Herbst größeren Umfang angenommen.

Schlechtes Mietverhältnis.

Die durch den Krieg und die Wohnungsnot erzwungene Sehhaftigkeit hat das Verhältnis unter den Mietern noch unerfreulicher gestaltet. Zehntausende möchten die Wohnung wechseln und sind an die wäzige Scholle gebunden.

Heruntergewohnte Wohnungen.

Noch schlimmer als an den Fassaden, auf den Treppenturen und Höfen vieler Großstadthäuser sieht es in den einzelnen Wohnungen aus. Es war ja Grundgesetz der Hauswirte geworden, auf ihre Kosten nichts mehr machen zu lassen.

Möbelwagen im Ruhestand.

In einem gepolsterten, verschleißbaren Möbelwagen steckte schon vor dem Kriege ein Anlagkapital von mindestens 10—12 000 M. Dieses Kapital liegt fast ganz brach.

Der kommende Umzug kann nett werden. Wenn erst wieder die Bautätigkeit in Gang kommt, wird eine Massenflucht aus den Wohnungen beginnen. Vielleicht wird alles werden wie es war.

Die Geschäfte des Dokumentenfälschers.

Ueber die gefährliche Tätigkeit des Dokumentenfälschers Anspach, der von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet werden konnte, haben wir bereits im gestrigen Abendblatt berichtet.

Die Stempel

stellen ebenso wie die Vorbrude eine kleine Sammlung dar. Einige erwähnten wir schon, von der Hohenzollernschule, vom Göttinger Gymnasium und von Rektor und Senat der Friedrich-Wilhelm-Universität.

Richtlinien für Berliner Demonstrationen.

Die bedauerlichen Vorgänge bei der Demonstration vor dem Rathaus am 2. Mai gaben dem Berliner Polizeipräsidenten Richter Veranlassung, am Mittwoch vormittag die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission und des AFD-Bundes zu einer Besprechung über die künftige Regelung von Demonstrationen in Berlin einzuladen.

Der Mord an dem Teppichhändler Reifer. Eine „Hellscherin“ als Belastungszeugin.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II beginnt heute der Prozeß gegen die des Mordes an dem Teppichhändler Reifer in der Steglitzer Straße angeklagten Personen.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frant.

„Die Farb' wird abgewaschen!“ antwortete Gerstmaier, in emsiger Arbeit begriffen, der von dem Schauspieler bezeichneten heißen Stelle jedoch stets geschickt ausweichend.

„Was meine unwerte Person betrifft, so werde ich mich jetzt empfehlen.“ sagte Franz Sermian und erhob sich von dem Sofa, auf dem er Platz genommen hatte.

„Vollkommen ausgeschlossen! Ich habe Riga bereits zweimal verschoben! Ein drittes Mal darf ich nicht so unhöflich sein!“

(Fortsetzung folgt.)

